

AZ vom 5. Juli 2023

# Ortsbeirat Lerchenberg hadert mit Fernwärme-Preisänderung

Das Gremium des Mainzer Stadtteils Lerchenberg folgt dem Beschluss des Umweltausschusses nicht. Der war für die Anpassung der sogenannten „Preisgleitklausel“. Wo ist das Problem?

LERCHENBERG. Der Ortsbeirat Lerchenberg hat in seiner jüngsten Sitzung die Beschlussvorlage des Grün- und Umweltamts zugunsten einer Änderung der Preisgleitklausel im Fernwärmevertrag mehrheitlich abgelehnt – obwohl der Vorlage zuvor im Umweltausschuss einstimmig zugestimmt wurde. Die Mainzer Wärme Plus (MWP) sah sich aufgrund erhöhter Beschaffungskosten zu einer Erhöhung der Fernwärmebeiträge seit dem 1. Januar für die Verbraucher auf dem Lerchenberg gezwungen, um finanzielle Einbußen im mittleren Millionenbereich zu verhindern (diese Zeitung berichtete). Mit der Anpassung eines Faktors in der Preisgleitklausel (Index) soll diese Kostenerhöhung nun auch dauerhaft vollzogen werden. Würde die Beschlussvorlage nun vom Ortsbeirat empfohlen und danach im Stadtrat beschlossen, würde diese Anpassung rückwirkend genehmigt und der Indexwechsel dauerhaft vollzogen.

Für die Verbraucher hieße das, dass sie weiterhin den höheren Preis für Erdgas, der im Januar, aufgrund des Ukrainekriegs und der schlechten gesamtwirtschaftlichen Lage, festgelegt wurde, zahlen müssen. Laut Beschlussvorlage erfordere dieser Indexwechsel zunächst eine rechtliche Prüfung durch das Rechtsamt sowie eine fachliche Prüfung durch einen externen Gutachter. Die Prüfungen seien mittlerweile abgeschlossen und der externe Gutachter, die GEF Ingenieur AG, empfehle den Wechsel. Die Zustimmung der Stadt stehe noch aus. „Die Änderung der Preisgleitklausel dient ja auch dazu, dass die MWP finanziellen Spielraum erhält“, sagte Horst Zorn (SPD), „aber ich halte es für sehr kritisch, darüber jetzt abzustimmen, denn das ist der Passierschein für die MWP, die Indizes zu ändern, wie es geht.“ Gerade jetzt in der Krise sei das heikel. Die Beschlussvorlage sei höchst unprofessionell erstellt, kommentierte Markus Gillenberger (CDU). Einerseits stehe in der Beschlussvorlage, dass der Gutachter der Stadt empfehle dem zuzustimmen. Andererseits fehle die Zustimmung der Stadt noch, obwohl die Prüfung abgeschlossen ist. Auch inoffiziell sei die Haltung der Stadt dazu unbekannt. Allein aufgrund dieser Tatsachen, könne er dieser Vorlage nicht zustimmen. Zudem sei es höchst kritisch, die diesjährige „Extremsituation“ als Grundlage dafür zu nehmen, die Preisgleitklausel dauerhaft zu verändern. Ortsvorsteherin Sissi Westrich (SPD) und Andreas Michalewicz (CDU) merkten an, dass der Beschlussvorlage auch kein Gutachten der GEF Ingenieur AG beiliegt. „Es ist auch die Frage: Ist der ausgewählte Index denn der richtige?“, fragte Michalewicz. „Meiner Recherche nach, gibt es Preisindizes, die man heranziehen könnte, die die Mehrkosten vielleicht zum Großteil abdecken würden.“ Auch sei die Frage, was passiert, wenn sich der Gaspreis wieder stabilisiere.

Max Klaus (Grüne) wies darauf hin, dass der Ortsbeirat informiert wurde und nun reagieren müsse: „Haben wir etwas von dem neuen Index oder nicht?“ Im letzten Jahr erst stark hochgegangen, gingen die Gaspreise mittlerweile wieder runter. „Wir können spekulieren, dass der Preis im nächsten Jahr wieder steigt, weil er durch die Gaspreisbremse nicht mehr abgedeckt wird“, meinte Klaus. Gleichzeitig sei aber fraglich, wie sich die Preise für die Fernwärme in Hinblick auf die CO<sub>2</sub>-Abgaben auf Erdgas entwickeln und, ob der Lerchenberg

dann von dem Gas loskomme. „Es hört sich alles unkalkulierbar an“, sagte er. Die MWP hatte darüber informiert, dass ihr „in den kommenden Jahren hohe Verluste“ drohten, wenn sie den Preis nicht anpassen würden, so Dirk-Michael Rexrodt (FDP). Konkrete Angaben, wann und in welchem Umfang diese Verluste eintreten werden, seien jedoch nicht gemacht und in der Beschlussvorlage schriftlich festgehalten worden. Man könne also davon ausgehen, dass die Entscheidung zu einem Indexwechsel nicht dringend sei. Verena Weinberg (SPD) schlug vor die Beschlussvorlage als „Beschlussoffen“ zurückzuweisen, der Ortsbeirat könne nicht darüber abstimmen. Es folgte eine kurze Diskussion darüber, ob abgestimmt werden soll oder nicht. Letztlich kam die Vorlage doch zur Abstimmung: Sie wurde mit sieben Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt. Mit diesem Ergebnis gelangt sie nun in den Stadtrat.

Elena Joser